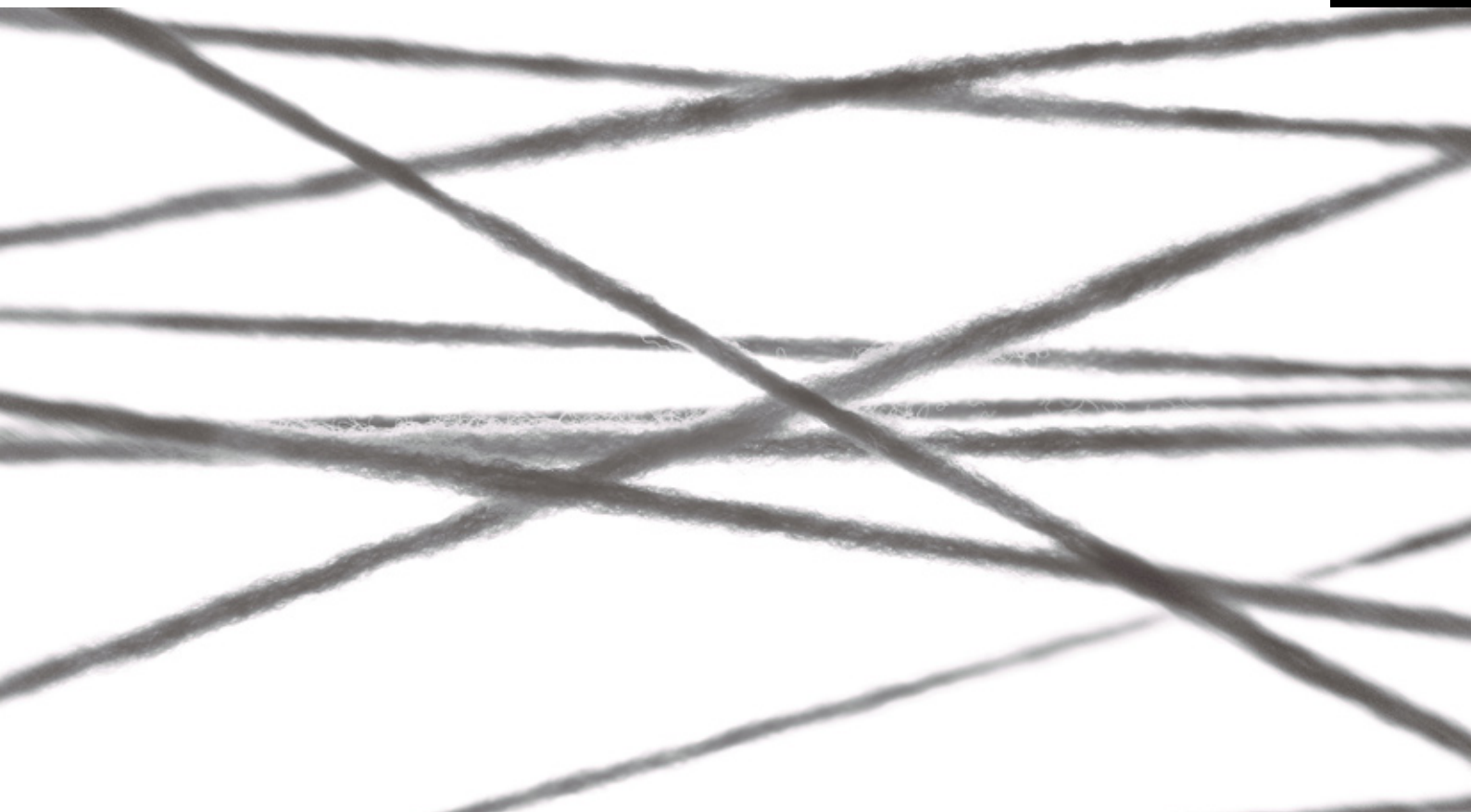




Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

BMZ KONZEPTE 159

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit



Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen	3
2. Programmatischer Rahmen und Ziele	3
3. Zielgruppen	5
4. Methoden und Instrumente	5
4.1 Methodisches Selbstverständnis	5
4.2 Instrumente	6
5. Institutioneller Rahmen und Akteure	6
5.1 Rolle des BMZ	6
5.2 Nichtregierungsorganisationen	7
5.3 Bundesländer	7
5.4 Staatliche Durchführungsorganisationen	8
6. Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle	9
7. Ausblick	9
Anlage	10
Zuwendungen: Voraussetzungen und Auswahlkriterien	10

1. Vorbemerkungen

Das BMZ unterscheidet zwischen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit:

- Öffentlichkeitsarbeit ist die externe Kommunikation der politischen Ziele und Wirkungen deutscher Entwicklungspolitik.
- Informationsarbeit liefert umfassende Hintergrundinformationen zu entwicklungspolitischen Fragestellungen.
- Bildungsarbeit umfasst Maßnahmen des Globalen Lernens¹, welche die kritische Auseinandersetzung der Bürgerinnen und

Bürger mit entwicklungspolitischen Themen fördern und zu eigenem Engagement ermutigen sollen.

Diese Konzeption ist die Grundlage für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des BMZ und dient als Orientierungsrahmen für die Arbeit anderer Akteure in diesem Bereich.

Sie stellt die Ziele, Methodik und Instrumente sowie die Partner der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit des BMZ dar und gibt methodische und praktische Hinweise für die Zusammenarbeit.

2. Programmatischer Rahmen und Ziele

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dazu beizutragen, die weltweite Armut zu mindern, den Frieden zu sichern, die Umwelt und Ressourcen zu bewahren und die Globalisierung gerecht zu gestalten. Das BMZ orientiert sich daher am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung, die gleichermaßen für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und gute Regierungsführung steht.

Vor diesem Hintergrund will die deutsche Entwicklungspolitik zu einer weltweiten Partnerschaft zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Transformationsländern beitragen. Grundlage hierfür bilden:

- Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und die Millenniumsentwicklungsziele aus dem Jahr 2000,

¹ Globales Lernen zielt auf die Ausbildung individueller und kollektiver Handlungskompetenz im Zeichen weltweiter Solidarität. Es fördert die Achtung vor anderen Kulturen, Lebensweisen und Weltansichten, beleuchtet die Voraussetzungen der eigenen Positionen und befähigt dazu, für gemeinsame Probleme zukunftsfähige Lösungen zu finden. aus: VENRO-Arbeitspapier Nr. 10, Globales Lernen als Aufgabe und Handlungsfeld entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen. Grundsätze, Probleme und Perspektiven der Bildungsarbeit des VENRO und seiner Mitgliedsorganisationen, Bonn Dezember 2000, www.venro.org/publikationen/archiv/arbeitspapier_10.pdf (Stand: 08.01.2008).

- der Konsens der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Monterrey/Mexiko (2002),
- der Johannesburg-Aktionsplan des Welt-nachhaltigkeitsgipfels (2002) sowie
- die Erklärungen von Rom (2003) und Paris (2005) zur Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit.²

Das Aktionsprogramm 2015³ der Bundesregierung ist der deutsche Beitrag zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und legt den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.

Darüber hinaus hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Klimaschutz im Rahmen ihrer EU- und G8-Präsidentschaften zum festen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht. Das Aktionsprogramm Klima und Entwicklung (2007)⁴ zielt, im Sinne der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (1992)⁵ und des Kyoto-Protokolls (1997)⁶, auf die Minderung des Treibhausgasausstoßes und die Anpassung an den Klimawandel.

Die Beschlüsse des G8-Gipfels von Heiligendamm (2007)⁷ bekräftigen die Bedeutung sowohl des Klimaschutzes als auch der Armutsbekämpfung für die Entwicklungszusammenarbeit. Sie legen

dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Partnerschaft mit Afrika. Dies reflektiert sich auch in den Schwerpunkten der deutschen Entwicklungspolitik mit Afrika⁸.

Entwicklungspolitik ist eine internationale Gemeinschaftsaufgabe. Bei der Schaffung einer friedlicheren und gerechteren Welt sind eine gleichberechtigte Partnerschaft und die Eigenverantwortung der Kooperationsländer entscheidende Voraussetzungen.

Darüber hinaus ist Entwicklungspolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da ohne aktives Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger die gerechte Gestaltung der Globalisierung und nachhaltige Entwicklung nicht denkbar ist. Aus diesem Grund misst das BMZ der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Kräften und Netzwerken eine besonders hohe Bedeutung bei.

Das zentrale Instrument des BMZ zur Umsetzung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ist die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.

Sie zielt darauf ab,

- Interesse an Entwicklungsländern zu wecken und globale Zusammenhänge und

2 siehe zu diesen Punkten (Stand der Internetseiten: 12.11.2007):
 • <http://www.un.org/millenniumgoals>,
 • http://www.un.org/esa/sustdev/documents/Monterrey_Consensus.htm,
 • http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm,
 • <http://www.oecd.org/dataoecd/11/41/34428351.pdf>,
 • <http://www.aidharmonization.org/ah-overview/secondary-pages/why-RomeDeclaration>.

3 siehe hierzu insb.: http://www.bmz.de/de/ziele/deutsche_politik/aktion_2015/index.html (Stand: 19.11.2007).

4 siehe hierzu: http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/Aktionsprogramm_Klima_Entwicklung_070522.pdf (Stand 13.12.2007).

5 siehe hierzu: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (Stand 13.12.2007).

6 siehe hierzu: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf> (Stand 13.12.2007).

7 siehe hierzu insb.: http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/G8Gipfel/Anlage/Abschlusserkla_C3_A4rungen/Chairs-summary,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Chairs-summary (Stand 13.12.2007).

8 siehe hierzu: BMZ Materialien 160 Partner für ein starkes Afrika. Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/Materialie160.pdf> (Stand 13.12.2007).

ihre Einflüsse auf den einzelnen Menschen zu verdeutlichen,

- die Auseinandersetzung mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung und dessen Verwirklichung zu fördern,
- zur aktiven Beteiligung an einer sozial verantwortlichen Gesellschaft in der globalisierten Welt zu motivieren und
- entwicklungspolitisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit orientiert sich hierbei an den genannten, von der internationalen Gemeinschaft getragenen Vereinbarungen und den daraus abgeleiteten Schwerpunkten der deutschen Entwicklungspolitik. Insbesondere trägt sie zur Zielerreichung der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 2002 ausgerufenen UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005 bis 2014)⁹ und dem entsprechenden deutschen Aktionsplan bei.

⁹ siehe hierzu: www.dekade.org (Stand 19.11.2007).

3. Zielgruppen

Im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit stehen – neben der breiten Öffentlichkeit – insbesondere:

- Kinder und Jugendliche;
- Organisationen, Medien und Personen, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Breitenwirkung erzielen (zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NRO), Verbände, Initiativen, Netzwerke, kirch-

liche Einrichtungen, Gewerkschaften, Kommunen);

- Teilnehmerinnen und Teilnehmer punktueller entwicklungspolitischer Ereignisse.

Ein besonderes Anliegen des BMZ ist es verstärkt neue Zielgruppen und Institutionen anzusprechen und zu motivieren (zum Beispiel Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Diasporen, Museen, Bibliotheken, Sportverbände).

4. Methoden und Instrumente

4.1 Methodisches Selbstverständnis

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit...

- wirbt für die entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung.

- stellt auch Kontroverses dar und dient der freien Meinungsbildung.
- fördert Kompetenzen und zeigt Handlungsoptionen im Umgang mit globalen Zusammenhängen auf.

- eröffnet Gestaltungsspielräume für Bürgerinnen und Bürger – im Privat- und Berufsleben, in Gruppen und Organisationen – um Gegenwart und Zukunft aktiv mit zu gestalten.
- fördert kritische Reflexion und die Fähigkeit, eigene Denkgewohnheiten und Handlungsmuster zu hinterfragen.
- ermöglicht Perspektivwechsel zwischen Menschen, die auf unterschiedliche Weise von Globalisierung betroffen sind.
- ist prozessorientiert und unterstützt das Lernen voneinander auf gleicher Augenhöhe, basierend auf den individuellen Erfahrungen aller Beteiligten.
- verknüpft Erfahrungen, Erkenntnisse, Bewertungen und Handlungen miteinander und basiert auf gegenseitigem Vertrauen, Offenheit und Neugier.
- beruht auf dem Verständnis lebenslangen Lernens.

4.2 Instrumente

Ein zentrales Instrument der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit des BMZ ist die finanzielle

und fachliche Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements. Zur Anwendung kommen die Vorschriften des nationalen Zuwendungsrechts. Einzelheiten zu Voraussetzungen und Kriterien der Förderung finden sich in der Anlage.

Weitere Instrumente der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit des BMZ sind:

- Unterstützung von Kampagnen und öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen,
- Herausgabe audio-visueller Medien (zum Beispiel interaktive CD-ROMs und DVDs),
- Verleih filmischer Produktionen über die Landesfilmdienste und Ankauf nicht-gewerblicher Rechte an Filmproduktionen,
- Veröffentlichung von Printmedien (zum Beispiel in den BMZ-Publikationsreihen Diskurs, Evaluierungsberichte, Konzepte, Materialien, Spezial),
- Angebot des Bürgerservice (zum Beispiel Beantwortung individueller Anfragen),
- Vorträge (zum Beispiel für Besuchergruppen von Schulen und Universitäten),
- Bereitstellung von Inhalten über neue Medien, insbesondere durch das Internet.

5. Institutioneller Rahmen und Akteure

Die Organisation entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit spiegelt den Pluralismus in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wider. Die verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteure agieren arbeitsteilig in einem auf Komplementarität, Dialog und Kooperation ausgerichteten System.

5.1 Rolle des BMZ

Dem BMZ obliegt in diesem Kontext die Gestaltung und Steuerung von Dialog- und Kooperationsprozessen sowie die Finanzierung von Maßnahmen.

Über die Steuerung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit seiner staatlichen Durchführungsorganisationen wird eine kohärente entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und ein gemeinsames öffentliches Erscheinungsbild im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss erzielt.

Ferner unterstützt das BMZ die Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Bildungsarbeit. Dabei setzt das Ministerium vor allem auf Netzwerke von Bund, Ländern, staatlichen Einrichtungen, Universitäten und NRO sowie Veranstaltungen, die Akteure der verschiedenen Ebenen zu einem zielgerichteten Austausch zusammenbringen. Die in Zusammenarbeit mit den Eine-Welt-Landesnetzwerken eingeführten Regionalkonferenzen unter Beteiligung von Bund und Ländern sind ein vielversprechendes Instrument zur effizienteren Zusammenarbeit der Akteure.

Ein wichtiges Gremium in diesem Kontext ist der Beratungskreis für entwicklungspolitische Bildung des BMZ, dem Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Medien, Bildungsinstitutionen, Nichtregierungsorganisationen und Länderregierungen angehören. Dieses Gremium berät das BMZ in Sachfragen und dient dem Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken.

Darüber hinaus arbeitet das BMZ im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in den einschlägigen Gremien auf OECD- und EU- Ebene mit, um das Thema Globales Lernen breit zu verankern und weiterzuentwickeln.

5.2 Nichtregierungsorganisationen

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist auf das ehren- und hauptamtliche Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Nichtregierungsorganisationen sind unentbehrliche Partner des BMZ. Viele NRO verfügen durch ihre Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern in Entwicklungsländern über wertvolle Erfahrungen, die sie in der Informations- und Bildungsarbeit einsetzen können. Weitere wichtige Partner sind nichtstaatliche Organisationen, die mit institutionellem Auftrag Bildungsangebote erbringen.

Für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit von NRO stellt das BMZ erhebliche Fördermittel zur Verfügung.

Um die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit noch breitenwirksamer gestalten zu können, strebt das BMZ die Zusammenarbeit mit neuen Partnern an, wie zum Beispiel Migrantinnen und Migranten und deren Verbänden.

5.3 Bundesländer

Das BMZ sieht in den Bundesländern wichtige Akteure in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit wird der Dialog über entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zwischen Bund und Ländern geführt.

Die Bundesländer betrachten entwicklungspolitische Fragen insbesondere auch als wichtigen Teil der schulischen Bildung und bieten entsprechende Konzeptionen, Materialien und Lehrerfortbildungen an. Mit dem im Juni 2007 verabschiedeten Orientierungsrahmen Globale Entwicklung¹⁰ wurde erstmals ein gemeinsamer Referenzrahmen geschaffen. Er ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative von Kultusministerkonferenz und BMZ und soll die Verankerung des Lernbereichs Globale Entwicklung im Schulunterricht vorantreiben.

¹⁰ siehe hierzu: www.kmk.org/aktuell/070614-globale-entwicklung.pdf (Stand: 12.11.2007).

Darüber hinaus unterstützen einige Bundesländer lokale und regionale Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen, die sich im Rahmen entwicklungspolitischer Bildung engagieren. Auch die Landeszentralen für politische Bildung stellen Informationsmaterial zur Verfügung und organisieren entwicklungspolitische Veranstaltungen.

Ferner bestehen Kooperationen zwischen dem BMZ und den Bundesländern. Unter anderem gibt es gemeinsame Engagements im Rahmen der Programme Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika (ASA), Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) und der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd.

Impulse der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung wurden von einigen Bundesländern frühzeitig aufgegriffen: So haben vier Länder beispielsweise die norddeutsche Allianz NUN¹¹ gegründet; einige Länder haben eigene Aktionspläne zur UN-Dekade erarbeitet.

5.4 Staatliche Durchführungsorganisationen

Die zentrale staatliche Organisation zur Durchführung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit des BMZ ist die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt).

InWEnt wurde auf Initiative von Bund, Ländern und Wirtschaft gegründet und nutzt bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ihre dezentrale Struktur mit regionalen Zentren in 14 Bundesländern¹².

InWEnt führt im Auftrag des BMZ unter anderem folgende Programme der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit durch:

- Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Amerika (ASA)
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
- Entwicklungspolitischer Schulwettbewerb des Bundespräsidenten
- Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland (EBD)
- Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm (ENSA)

Darüber hinaus bearbeitet InWEnt für das BMZ einen Großteil der Zuwendungsanträge von NRO im Rahmen des Förderprogramms Entwicklungspolitische Bildung (FEB) sowie des Aktionsgruppenprogramms (AGP) und führt in Zusammenarbeit mit dem BMZ Zuwendungsseminare für Antrag stellende Organisationen durch. Die Spezialbibliothek für Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik der InWEnt stellt Inhalte und Informationen für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Aufgabe des Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit besteht darin, rückkehrende Entwicklungshelferinnen und -helfer als Multiplikatoren für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu qualifizieren. Die Rückkehrerinnen und Rückkehrer sollen zukünftig verstärkt in der Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die KfW Bankengruppe, DED, InWEnt und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) tragen unter anderem mit Fachveröffentlichungen und Veranstaltungen zur Information der breiten Öffentlichkeit bei.

¹¹ Anm.: Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014 (Hamburg – Mecklenburg-Vorpommern – Niedersachsen – Schleswig-Holstein).

¹² Anm.: Für die Länder Berlin und Brandenburg sowie Hessen und Rheinland-Pfalz gibt es jeweils ein gemeinsames regionales Zentrum.

6. Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle

Es ist seit Jahren gute Praxis, die Programme und Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern regelmäßigen Erfolgskontrollen/ Evaluierungen zu unterziehen, um ihre Relevanz, Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen.

Auch in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass transparente und glaubwürdige Erfolgskontrollmechanismen einen wichtigen Beitrag zur Legitimation und Qualitätssicherung leisten.

Auf nationaler Ebene wird das Thema unter anderem durch das Evaluatoren-Netzwerk Inlands-

arbeit und Fortbildungsveranstaltungen für Partner aus der Zivilgesellschaft befördert.

Der Austausch von Erfahrungen in der Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle prägt auch die regelmäßigen Treffen auf europäischer und internationaler Ebene. Beispiele sind die informellen Jahrestreffen der für Kommunikation und entwicklungspolitische Bildungsarbeit zuständigen Leiterinnen und Leiter auf OECD- und EU-Ebene, die Exekutivratssitzungen des Nord-Süd-Zentrums des Europarats und das Global Education Network Europe (GENE). Zur Verbesserung der Evaluationspraxis trägt GENE unter anderem durch die Peer Review-Prozesse bei, die Hinweise auf erfolgreiche Praktiken in europäischen Ländern geben.

7. Ausblick

In den vergangenen Jahren wurde der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in der deutschen Entwicklungspolitik eine wachsende Bedeutung beigemessen. Es gilt, auf dem Erreichten aufzubauen und entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit noch relevanter, effizienter und wirksamer zu gestalten.

Dies erfordert unter anderem, stärker als bisher neue Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Multiplikatoren aus Wirtschaft, Politik und Kultur) zu sensibilisieren und zu mobilisieren, um Globales Lernen in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche hineinzutragen und dort zu verwurzeln.

Ferner sollte die Kohärenz entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit gestärkt werden. Hierzu gilt es, auf staatlicher Ebene, in-

nerhalb der Zivilgesellschaft sowie zwischen den verschiedenen beteiligten Partnern, einschließlich Wirtschaft und Wissenschaft, Dialog- und Kooperationsprozesse im Sinne einer Netzwerkkultur weiterzuentwickeln.

Um die Qualität entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit zu gewährleisten, soll zukünftig ferner dem Aufbau bzw. der Weiterentwicklung von effizienten und effektiven Planungs- und Managementsystemen sowie transparenten und glaubwürdigen Erfolgskontrollmechanismen verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Schließlich soll die internationale Rolle der deutschen Informations- und Bildungsarbeit zielgerichtet und wirksam weiterentwickelt werden.

Anlage

Zuwendungen: Voraussetzungen und Auswahlkriterien

Das BMZ gewährt Zuwendungen zur Förderung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit nach Maßgabe des § 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den Sonderbestimmungen für die Förderung der Entwicklungspolitischen Bildung¹ sowie den Ausführungen dieser Konzeption. Der Erfolgskontrolle wird gemäß den geänderten Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 und 44 der BHO besondere Bedeutung beigemessen.

Antragsberechtigt sind Organisationen mit Sitz in Deutschland. Interessierte Organisationen müssen die institutionellen² und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen und sollten Erfahrungen in der bildungspolitischen Arbeit mitbringen. Einzelpersonen oder kommerziell arbeitende Einrichtungen werden nicht gefördert.

Bundesweit tätige und in mehr als acht Bundesländern als anerkannter Verein vertretene Organisationen können ihre Anträge im BMZ, Referat 114, einreichen. Alle anderen Organisationen können ihre Anträge an InWEnt, Abteilung 7.01³, richten. Die Förderanträge sind bis zum 30. November des Jahres, das der geplanten Maßnahme vorausgeht, einzureichen. In begründeten Fällen kann die Frist auf den 31. Dezember verlängert werden.

Die Maßnahmen richten sich nach den Anforderungen dieser Konzeption. Gefördert werden nur

Inlandsmaßnahmen. Schulische Maßnahmen orientieren sich darüber hinaus an den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK).⁴

Grundsätzlich nicht gefördert werden

- Veröffentlichungen, die nicht Teil einer breiter angelegten Bildungsmaßnahme sind,
- Vorhaben, die überwiegend der Selbstdarstellung oder der Spendenwerbung dienen,
- Maßnahmen mit missionarischem Charakter,
- Mitgliederversammlungen (zum Beispiel Jahreshauptversammlungen),
- kulturelle Rahmenprogramme.

Zuwendungen übernehmen anteilig Ausgaben und Kosten des Zuwendungsempfängers für in sich abgeschlossene Vorhaben (Projektförderung).

Verwaltungskosten können entweder pauschaliert oder mit Einzelnachweis abgerechnet werden. Wenn Personal- und/ oder Sachkosten beantragt werden, kann eine Verwaltungskostenpauschale nur auf die reinen Programmkosten von in der Regel fünf Prozent gewährt werden. Als Personalkosten gelten Gehälter für projektbezogene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei Seminaren kann eine Verwaltungskostenpauschale von bis zu zehn Prozent übernommen werden.⁵

1 Allgemeine und Besondere Nebenbestimmungen für Zuwendungen für die Förderung der entwicklungspolitischen Bildung, sowie Gewährung von Zuwendungen zur Förderung entwicklungspolitischer Bildungsmaßnahmen – Zuwendungsfähige Ausgaben – (Höchstsätze), siehe www.inwent.org/infostellen/foerderprogr

2 Im Wesentlichen eingetragene gemeinnützige Vereine (NRO) mit entwicklungspolitischer Zielsetzung einschließlich Netzwerke, aber auch Museen, Bibliotheken oder ähnliche Einrichtungen.

3 www.inwent.org/infostellen/foerderprogr

4 KMK-Empfehlung Eine Welt/Dritte Welt in Unterricht und Schule vom 28. Februar 1997 und Orientierungsrahmen Globale Entwicklung Juni 2007, siehe hierzu: www.kmk.org/aktuell/070614-globale-entwicklung.pdf.

5 Hier gelten darüber hinaus Sonderbestimmungen für zuwendungsfähige Ausgaben gemäß Gewährung von Zuwendungen zur Förderung entwicklungspolitischer Bildungsmaßnahmen – Zuwendungsfähige Ausgaben – (Höchstsätze), siehe www.inwent.org/infostellen/foerderprogr

Internationale Reisekosten können nur in begründeten Ausnahmefällen mitfinanziert werden.

Erwartet wird eine angemessene Eigenleistung der Antrag stellenden Organisation, in der Regel 25 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtaus-

gaben. Anrechenbar sind hierbei Drittmittel, nicht jedoch Sach- und Arbeitsleistungen.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht.

Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Dienstszitz Bonn

Postfach 12 03 22

53045 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 35 00

Dienstszitz Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 25 01

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

Redaktion Monika Allramseder, Steffen Beitz, Sebastian Bonse, Hildegard Hoven

Endredaktion Jutta Wagner

Verantwortlich Klaus Krämer

Stand Januar 2008

